



wohnbaugenossenschaften schweiz

verband der gemeinnützigen wohnbauträger

coopératives d'habitation Suisse

fédération des maîtres d'ouvrage d'utilité publique

cooperative d'abitazione svizzera

federazione dei committenti di immobili d'utilità pubblica

MEDIENMITTEILUNG

Bern, 25. Januar 2017

Wohnbaugenossenschaften Schweiz zum Entscheid des Bundesrats über die nationale Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

Fonds de Roulement statt nationale Initiative für mehr bezahlbare Wohnungen: dringend nötig, aber nicht genügend

Wohnbaugenossenschaften Schweiz begrüsst, dass mit dem Fonds de Roulement ein bewährtes Förderinstrument für den gemeinnützigen Wohnungsbau weitergeführt werden soll. Doch der Verband kann das Nein des Bundesrats zur Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» nicht nachvollziehen. Denn finanzielle Anschubhilfen reichen nicht aus, um die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum sicherzustellen.

Der Bundesrat hat an seiner heutigen Sitzung entschieden, die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» abzulehnen. Stattdessen soll der Fonds de Roulement für gemeinnützige Wohnbauträger aufgestockt werden. «Das ist ungenügend», sagt Nationalrat Louis Schelbert, Präsident von Wohnbaugenossenschaften Schweiz und Mitglied des Initiativkomitees. «Einen neuen Rahmenkredit für den Fonds de Roulement haben wir beim Bundesrat schon im letzten Mai beantragt. Dieser ist wichtig und dringend nötig, aber er genügt nicht: Die Initiative beinhaltet eine ganze Palette von Fördermassnahmen für mehr preisgünstigen Wohnraum. Hier besteht weiterhin grosser Handlungsbedarf.»

Es braucht mehr preisgünstigen und gemeinnützigen Wohnraum

Auch wenn sich der Wohnungsmarkt generell etwas entspannt hat: Die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten ist insbesondere in den Ballungsgebieten und Zentren nicht gewährleistet; eine Entspannung gibt es nur in gewissen Landgebieten. Um die Wohnraumversorgung der unteren und mittleren Einkommensschichten sicherzustellen, braucht es nicht einfach nur eine höhere Wohnungsproduktion, sondern mehr preisgünstige Wohnungen. Der gemeinnützige Wohnungsbau, der Wohnraum der Spekulation entzieht und dank Kostenmiete 15 bis 20 Prozent günstigere Wohnungen anbietet, hat eine preisdämpfende Wirkung im Wohnungsmarkt.

Hier setzt die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» an: Sie verlangt, dass künftig mindestens zehn Prozent der neu gebauten Wohnungen gemeinnützig sind. Ausserdem fordert sie die Einführung eines Vorkaufsrechts von Grundstücken für Kantone und Gemeinden sowie die Abgabe von Arealen des Bundes und bundesnaher Betriebe an gemeinnützige Bauträger. So soll der sinkende Marktanteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus wieder erhöht werden.

Wichtiges Finanzierungsinstrument muss weitergeführt werden

Anstelle der Volksinitiative spricht sich der Bundesrat für eine Aufstockung des Fonds de Roulement aus. Damit nimmt er ein zentrales Anliegen des gemeinnützigen Wohnungsbaus auf: Die Darlehen aus dem Fonds sind ein wichtiges Finanzierungsinstrument für die gemeinnützigen Bauträger. Sie dienen der Rest- oder Überbrückungsfinanzierung bei Erstellung, Erneuerung und Erwerb von preisgünstigem Wohnraum oder auch für den Landkauf. Der laufende Rahmenkredit wird 2017 ausgeschöpft sein. Die beiden Dachorganisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus, Wohnbaugenossenschaften Schweiz und WOHNEN SCHWEIZ, haben deshalb dem Bundesrat beantragt, dem Parlament einen neuen Rahmenkredit vorzulegen.



wohnbaugenossenschaften schweiz
verband der gemeinnützigen wohnbauträger

Wohnbaugenossenschaften Schweiz ist die Dachorganisation von mehr als 1100 Wohnbaugenossenschaften und weiteren gemeinnützigen Wohnbauträgern mit insgesamt gegen 150'000 Wohnungen. Der 1919 gegründete Verband steht im Dienste seiner Mitglieder, die auf gemeinnütziger Grundlage preisgünstigen Wohnraum erstellen und bewirtschaften. Zusammen mit ihnen strebt er im ganzen Land eine ausreichende Versorgung mit preisgünstigem, vorzugsweise genossenschaftlichem Wohnraum an. www.wbg-schweiz.ch, info@wbg-schweiz.ch

Pressekontakte:

Louis Schelbert, Präsident Wohnbaugenossenschaften Schweiz, Mitglied Initiativkomitee, 079 730 75 01

Urs Hauser, Direktor Wohnbaugenossenschaften Schweiz, 079 600 91 79

Rebecca Omoregie, Medienstelle Wohnbaugenossenschaften Schweiz, 044 360 26 66